



ZU VIELE MEDIENBERICHTE ÜBER TATVERDÄCHTIGE AUSLÄNDER

UN-Hochkommissar Al-Hussein verurteilt Proteste in Chemnitz

Von ALSTER | Die skandalöse Berichterstattung der bürgerfeindlichen linken Medien über die Demonstrationen gegen einen neuerlichen Messermord durch kulturfremde „Asylanten“ in Chemnitz kann man nur noch als einen kriegerischen „Kampf gegen rechts“ bezeichnen. Es scheint, als wäre mittlerweile im Kampf gegen rechts alles erlaubt.

Nun hat sich auch noch der oberste „Menschenrechtler“ der Vereinten Nationen, der sunnitische Moslem Seid Raad al-Hussein, erschrocken über die „Ausschreitungen“ in Chemnitz geäußert. Seid Ra'ad Al-Hussein, der unter anderem Trump, Wilders, Orban, Hofer und Le Pen vorgeworfen hat, die selben Propagandataktiken zu nutzen, wie der IS, ist [schockiert über die Reaktionen](#) (worauf?) in Chemnitz.

Er zog dabei Vergleiche zum aufkommenden Nationalsozialismus in den 1930er-Jahren, und nannte es entmutigend zu sehen, wie rechtsextreme Parteien ohne ein Bewusstsein für die Vergangenheit oder eine Vision für die Zukunft immer wieder Gewalt anheizten. Dabei würden die gleichen Mechanismen

genutzt, die Europa bereits im 20. Jahrhundert in ein Trauma gestürzt hätten.

Ungerechterweise kritisierte er auch die Medien, denn sie haben sich doch immens bemüht, die eigentliche Ursache, den Mord eines Asylanten an einem Deutschen, aus dem Focus zu nehmen.

Reuters:

Al-Hussein wandte sich gegen ein nach seinen Worten in vielen europäischen Ländern verbreitetes Ungleichgewicht in der Wahrnehmung von Gewalttaten durch Immigranten oder Einheimischen. Die Berichterstattung über die Straftat eines Einheimischen erreiche nicht annähernd das Ausmaß der Berichterstattung über den selben Sachverhalt, wenn er einem Zugereisten vorgeworfen werde. "Es gibt ein unterschwelliges Vorurteil, dass in vielen Medien wirkt, die in irgendeiner Weise mit dem rechtsextremen Sektor verbunden sind," so Al-Hussein.

FAZ:

Seid kritisierte auch die Rolle der Medien. Wachsende Vorurteile in der Berichterstattung spielten Populisten in die Hände, sagte er. So sei über den gewaltsamen Tod eines Mannes am Rande des Chemnitzer Stadtfests wohl auch deshalb so viel berichtet worden, weil die Tatverdächtigen Ausländer seien. Medien, die aus Sympathie mit Rechten oder mit Hinblick auf Quoten- und Verkaufserfolge über mutmaßliche Verbrechen von Ausländern besonders prominent berichteten, bestätigten Vorurteile in der Gesellschaft und heizten die Situation damit zusätzlich an, warnte Seid.

Er scheint nicht mitbekommen zu haben, wie erfolgreich die Medien den Mord des Zugereisten an einen Einheimischen in den „Kampf gegen rechts“ umgemünzt haben. Die Medien haben unisono

nur über „rechtsradikale“ Demonstrationen berichtet und den Kampf gegen rechts angeheizt.

Politik und Medien in Deutschland fordern inzwischen die sogenannte bürgerliche Mitte (Zivilgesellschaft, Normal-Bürger) auf, sich gegen den vermeintlichen Rechtsruck zu wehren.

Ganz anders sieht das die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder. Anlässlich des Flirts des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, mit der Linkspartei [beschreibt sie in einem Welt-Artikel](#) ausführlich, wie die Linke die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausgeweitet hat: Vom Staat unterstützt wird alles bekämpft, was nicht links ist – der Linksextremismus wird verharmlost. Der antitotalitäre Konsens ist zerstört. Der „Kampf gegen rechts“ zielt auf die bürgerliche Mitte, schreibt Kristina Schröder. Es geht darum, politische Überzeugungen, denen teilweise wahrscheinlich sogar Anhänger der Union der Mitte zustimmen würden, als illegitim im demokratischen Diskurs zu brandmarken. Das Spektrum dessen, was dann noch sagbar ist, soll damit weit nach links verschoben werden. Hierzu passt, dass bei vielen Kämpfern „gegen rechts“ Unterstützung von ganz links großzügig angenommen wird. Linksextremismus gilt als nicht existent oder harmlos.

Als Ministerin (2009 bis 2013) hatte Kristina Schröder (CDU) durchgesetzt, dass linke Gruppen nur dann staatliches Fördergeld bekommen, wenn sie sich zur Verfassungstreue bekennen. Diese Selbstverständlichkeit wurde von ihrer Nachfolgerin Manuela Schwesig (SPD) umgehend wieder aufgehoben.

Nach den Vorkommnissen in Chemnitz suchen also linke Politiker und Medien ihre „anständigen“ Bürger: „Dem bürgerlichen Lager gelingt es zunehmend weniger, nach rechts driftende Wähler zurückzuholen.“ Dieser Satz ist eine Verkehrung der Perspektive; viele Bürger sind da, wo sie immer waren, nämlich

dort, wo der gesunde Menschenverstand beheimatet ist. Das einzige, was driftet, ist unsere politische Mitte – und zwar stramm nach links. Mit tatkräftiger Unterstützung der Leitmedien.

Die Mitte der Gesellschaft muss feststellen, dass die Politik und Medien schlicht den Kompass verloren haben.